Beschlussvorlage Nr. 273-II-2016

Sitzung/Gremium Bau- und Vergabeausschuss Stadtrat	Termin 27.09.2016 20.10.2016	Status öffentlich öffentlich
---	---	---

Vorbereitung durch die Verwaltung:

Federführendes Amt: Fachbereich II/Team Bauen

Betr.: Bebauungsplan "Wohnpark Hornburger Straße" für die Ortschaft Osterwieck, Gemarkung Osterwieck, Flur 6, Flurstücke 105, 106, 120 sowie teilweise 116, 8/15, 148/8, 149/8 und 150/8 - Auslegungsbeschluss

Sachverhalt:

Auf dem oben genannten Gebiet befinden sich Grünflächen innerhalb eines im Flächennutzungsplan der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck ausgewiesenen Mischgebietes. Auf diesen Grundstücken soll ein Wohnpark für seniorengerechtes Wohnen, betreutes Wohnen bis hin zu Service-Wohnen errichtet werden. Da sich dieses Gebiet im Innenbereich befindet, ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes, um Baurecht für die geplante Nutzung zu schaffen, erforderlich.

Für die Aufstellung des Bebauungsplanes wird davon ausgegangen, dass die Vorschriften über das beschleunigte Verfahren gemäß § 13a BauGB gelten.

Als nächster Verfahrensschritt wird die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 II BauGB sowie die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 II BauGB durchgeführt.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragssteller.

Finanzielle Auswirkungen der Vorlage

Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr

Ja

Nein

Ja

Nein

Veranschlagung im Finanzplan

Ja

Nein

Pflichtaufgaben

Freiwillige Aufgaben

Ergebnisplan

Finanzplan/ Investitionstätigkeit

Entscheidungsvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Osterwieck beschließt den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes „Wohnpark Hornburger Straße“ für die Ortschaft Osterwieck, Gemarkung Osterwieck, Flur 6, Flurstücke 105, 106, 120 sowie teilweise 116, 8/15, 148/8, 149/8 und 150/8 zur Auslegung.

2. Der Stadtrat der Stadt Osterwieck beschließt die Auslegung des genannten Bebauungsplanentwurfes gemäß § 3 II BauGB für die Beteiligung der Öffentlichkeit und gemäß § 4 II BauGB für die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Anlagen: Bebauungsplan 09/2016, Begründung 09/2016

Wagenführ
Bürgermeisterin

3. Beschluss:

Dem Entscheidungsvorschlag wird

- zugestimmt
- nicht zugestimmt
- mit folgenden Änderungen/ Ergänzungen zugestimmt

Änderungen/ Ergänzungen:

.....
.....
.....
.....

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	29
davon anwesend:	_____
Ja-Stimmen:	_____
Nein-Stimmen:	_____
Stimmenthaltungen:	_____

Auf Grund des § 33 (1) KVG LSA waren keine Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Auf Grund des § 33 (1) KVG LSA haben folgende Mitglieder des Gemeinderates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt:

.....
.....
.....
.....

Osterwieck, 20.10.2016

Wagenführ
Bürgermeisterin